

Wie eine Eiszeit hatte sich der Kalte Krieg über Europa gebreitet. Speziell im deutsch-polnischen Verhältnis war dies nach dem Grauen des „heißen“ Zweiten Weltkrieges ein neues Problem: Zuerst Tote, Verwundete, Vertriebene auf beiden Seiten, eine von Moskau verordnete Grenzverschiebung, die das gegenseitige Misstrauen noch vertiefte, und dann die Starre des Kalten Krieges.

Um die Eiszeit des Kalten Krieges aufzutauen, haben engagierte Bürger sowohl in Deutschland wie in Polen schon vor der großen Zeitenwende Ende der 1980er-Jahre Schritte vom Gegeneinander zum Miteinander gemacht. Eine erste Phase der Kontakte begann nach dem Tauwetter von 1956, eine zweite Welle der Begnungen entstand in der Folge des Warschauer Vertrages von 1970, eine dritte, noch größere Welle der Kontakte zu Polen startete in den 1980er-Jahren in der Zeit der Solidarność und des Kriegsrechts in Polen. Seit 1990 sind die Kontakte in nahezu allen Bereichen in exponentieller Weise gestiegen, so wie das für pluralistische Gesellschaften selbstverständlich ist.

Politik schafft Rahmenbedingungen für die bilateralen Beziehungen. Gegenüber Polen waren diese Beziehungen aber dadurch verkompliziert, dass vier Jahrzehnte lang die DDR als Moskaus Stolperstein zwischen dem freien Westen und Polen lag. Nicht nur im Privaten, auch im politischen Bereich sind Dreiecksverhältnisse aber meist heikel, sodass man im Blick auf die Beziehungen zu unserem östlichen Nachbarn durchaus

von „deutsch-deutsch-polnischen“ Beziehungen sprechen kann, mit allen Komplikationen, die damit verbunden waren und sind.

Das heutige dichte Beziehungsgeflecht basiert auf einem mehrstufigen Prozess der Kontaktaufnahme und -pflege, der aber nicht ohne Rückschläge verlief. Es waren zunächst engagierte Christen, Kirchenführer und einfache, friedensbewegte Laien sowie Intellektuelle in Polen und Deutschland, in Ost und West, die, beginnend in den 1950er-Jahren, erste Schneisen geschlagen haben, um nach den ungeheuerlichen Erfahrungen der Besatzungspolitik zur Versöhnung beizutragen.

Wege der Bürgergesellschaft

Es waren Bischöfe, die die Einzelinitiativen aufgriffen und bündelten, es waren Politiker und andere Spitzenleute, die weiter vorangingen und Wege für neue Kontakte bereiteten. Aber Bürger gehen diese Wege, sie weiten die Trampelpfade zu Straßen, sie bewirken, dass die schmalen Pfade nicht wieder zuwachsen mit bürokratischem Unterholz. Hier sind Personen wie Lothar Kreyssig von der EKD zu nennen, der die Aktion Sühnezeichen ins Leben rief, aber auch die Klubs der katholischen Intelligenz (KIK) in Polen, die nach 1956 offiziell zugelassen wurden, mit der Znak-Gruppe unter Leitung des liberalen Katholiken Stanisław Stomma. In der DDR waren es evangelische Christen wie Günter Särchen und Ludwig Mehlhorn, im Westen Deutschlands der Bens-

berger Kreis, dessen Memorandum im Frühjahr 1968 übrigens auch der Tübinger Theologieprofessor Joseph Ratzinger unterzeichnet hatte. Schließlich Menschen wie Adam Michnik, Jacek Kuroń und Jan Józef Lipski, Mitinitiatoren des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) im Jahr 1976, einer der Keimzellen der Gewerkschaftsbewegung Solidarność.

Im Westen Deutschlands wurden schon in den frühen 1970er-Jahren die ersten Deutsch-Polnischen Gesellschaften gegründet. Anstoß für die Gründung solcher bilateraler Freundschaftsgesellschaften war der Gedanke, dass die staatlichen Vereinbarungen (Warschauer Vertrag von 1970) einer gesellschaftlichen Unterfütterung bedürfen, um den Buchstaben des Vertrages mit Leben zu erfüllen. Zwar gab es schon seit 1950 eine Düsseldorfer Gesellschaft, diese war allerdings mit einem DKP-Hintergrund stark auf die DDR und die offizielle Volksrepublik Polen orientiert.

Deutsch-Polnische Gesellschaften

Die ab 1970 gegründeten Gesellschaften von Kiel über Berlin (West), Hannover, Göttingen bis München hatten ein breiteres gesellschaftliches Fundament, sie begleiteten auf zivilgesellschaftlicher Ebene Städtepartnerschaften (Bremen – Danzig, Hannover – Posen et cetera) und widmeten sich oftmals konkreten sozialen Projekten. Sie entstanden aus Interesse am unbekannten nahen Nachbarn und waren geleitet von dem Gefühl, das Ende der Geschichte sei noch nicht erreicht, und ein echter Dialog zwischen den beiden Nationen beginne erst jetzt. „DIALOG“ ist auch der programmatische Titel der zweisprachigen Quartalszeitschrift des Dachverbandes. Allerdings standen die Deutsch-Polnischen Gesellschaften in den ersten Jahrzehnten vor einem gravierenden strukturellen Problem: Anders als bei deutsch-französischen oder deutsch-italienischen Gesellschaften existierte im

Partnerland Polen nur in Ansätzen eine freie Öffentlichkeit und freie Presse und somit nur ein rudimentäres Fundament für normale gesellschaftliche Kontakte.

Das offizielle Polen pflegte bewusst die Ressentiments eines Bonner „Revanchismus“, doch zu Beginn der 1980er-Jahre stellte sich bei der polnischen Bevölkerung ein rascher Wandel des Bildes von den Westdeutschen ein. Die Deutsch-Polnischen Gesellschaften konnten nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Herbst 1981 mit den von ihnen aktiv geförderten Paketaktionen das Interesse und die Hilfsbereitschaft der (West-) Deutschen am östlichen Nachbarn glaubhaft deutlich machen. In der DDR hingegen pflegten die Massenmedien nach 1980 gezielt antipolnische Stereotypen, sodass die polnische Bevölkerung ein gespaltenes Deutschlandbild wahrnahm.

Umgekehrt ergab sich 1988/89 eine unerwartete Unterstützung der Deutschen aus dem Osten: Durch das beharrliche Engagement der polnischen Bürger implodierte das morsche kommunistische Herrschaftssystem in Polen als erstem Land des damaligen Ostblocks. Viele haben dazu beigetragen, jeder aus anderen Motiven: der polnische Papst, der amerikanische Präsident Reagan, der letzte Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow. Aber entscheidend war das Engagement der Bürger in der Gewerkschaftsbewegung Solidarność, die als wirkliche Massenbewegung entscheidend dazu beitrug, dem Kommunismus letztlich den Todesstoß zu versetzen.

Deutsche Einheit und europäische Einheit sind nach einem bekannten Politikerwort „zwei Seiten einer Medaille“, in ähnlicher Weise sind aber auch staatliches Handeln und bürgerschaftliche Unterstützung zwei einander ergänzende Seiten, um politischen Projekten zum Erfolg zu verhelfen. Die Integration Polens in die Europäische Union und NATO wäre zweifellos ohne eine entsprechende ge-

sellschaftliche Unterstützung politisch nicht so schnell durchsetzbar gewesen. Hier haben die Deutsch-Polnischen Gesellschaften einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung der Projekte geleistet.

Nicht mehr „der ferne Osten“

Für viele Deutsche ist Polen auch heute noch im wahrsten Sinne des Wortes „der ferne Osten“. Doch Polen ist näher, als wir denken: Die deutsch-polnischen Beziehungen beruhen auf einem jahrhundertalten Fundament, auf dem – so die Hoffnung auf beiden Seiten – auch die Schrecknisse des Nationalismus im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert überwunden werden können.

Mittlerweile gibt es eine lange Liste an positiven Beispielen des Miteinanders. Die unglaublich rasch und stark ansteigende Verflechtung zwischen dem geeinten Deutschland und dem freien Polen nach 1990 macht deutlich, welches Potenzial in den Beziehungen steckt. Deutschland ist inzwischen seit vielen Jahren der mit Abstand wichtigste Handelspartner Polens, umgekehrt nimmt Polen inzwischen einen beachtlichen neunten Platz bei den deutschen Exporten ein. In beiden Richtungen steigt die Investitionsquote, und deutsche wie polnische Unternehmen schaffen im jeweiligen Nachbarland in erheblichem Umfang Arbeitsplätze. Anders als vor dem EU-Beitritt von manchen befürchtet, wurden die Nachbarländer nicht von Migrationsströmen „überschwemmt“, vielmehr ist die Nachfrage

nach qualifizierten Arbeitskräften unverändert hoch.

Sowohl der Studenten-, Schüler- wie auch der allgemeine Jugendaustausch steigen langsam, aber kontinuierlich. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) war auf Initiative der deutsch-polnischen Gesellschaften Ende der 1970er-Jahre zunächst als Verein gegründet worden, zehn Jahre später wurde das DPJW in einem bilateralen Abkommen „geadelt“. Mittlerweile haben in rund 50 000 Maßnahmen knapp zwei Millionen deutsche und polnische Jugendliche am Schüler- oder Jugendaustausch teilgenommen. (Eine ausführliche Darstellung des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes leistet Pawel Moras auf Seite 37 bis Seite 40.) Über Erasmus und andere Universitätsaustauschprogramme lernen zudem Nachwuchsakademiker das Partnerland besser kennen.

Auf Bundesebene besteht seit 1996 die „Deutsch-Polnische Gesellschaft – Bundesverband e.V.“, die als Dachverband die bürgergesellschaftlichen Interessen bündelt und gegenüber staatlichen Stellen, aber auch in der Öffentlichkeit ein gemeinsames Auftreten organisiert. In Kooperation mit dem polnischen Partnerverband trägt die DPG mit Konferenzen, Fachtagungen, der Zeitschrift „Dialog“ und dem renommierten Dialog-Preis dazu bei, für die Themen der deutsch-polnischen Nachbarschaft in den jeweiligen Öffentlichkeiten zu werben, Begegnungen zu unterstützen und so das Verständnis für den Nachbarn zu vertiefen.

Die **Oktoberausgabe** der **Politischen Meinung** beschäftigt sich in ihrem Schwerpunkt mit dem

Fall der Berliner Mauer

vor zwanzig Jahren.

Hierzu schreiben unter anderen

Helmut Kohl, Joachim Glaubitz, Konrad Weiß und Marianne Kneuer.

Um unseren Lesern bereits im Oktober **erste Wahlanalysen**

zur Bundestagswahl am 27. September liefern zu können,

wird die nächste **Politische Meinung** etwa Mitte des Monats erscheinen.

Die Redaktion